

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90 / die Grünen „Neuausrichtung der Stadtentwicklungspolitik“ (Drs. 17/188 S)

Die Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) möge beschließen:

1. Ziffer 1 wird ergänzt um folgende Sätze:

„Dabei ist auch zu prüfen, wo demographische Entwicklungen Reaktionen auf kritische Entwicklungen im Stadtteil sind (z.B. unzureichend kinderfreundliche Stadtteile, Kinder als Armutsrisiko, soziale Entmischung durch unzureichende Perspektiven oder durchgängig hohe Mietpreise, Ausdünnung lokaler Ökonomie durch Ansiedlung von Ketten oder nahegelegene Großzentren). Bei kritischen Entwicklungen, die einem politischen Gegensteuern zugänglich sind, sollen mögliche Gegenmaßnahmen formuliert werden.“

2. Ziffer 2 wird ergänzt um folgende Sätze:

„Ebenfalls soll geprüft werden, ob eine Aufwertung der Stadtteile durch Maßnahmen der (Re-)Dezentralisierung von Verwaltung möglich ist. Mögliche Beispiele sind Bürgerservicezentren, Sozialzentren, Polizeireviere und andere Behörden. Netzwerke und sozialer Zusammenhalt erfordern auch eine kleinräumige lokale Ökonomie. Hier ist zu prüfen, wie der Konzentration von Verkaufsflächen, der Ansiedlung von Einkaufszentren und der Niederlassungen von Ketten im Sinne einer Stärkung der lokalen Ökonomie entgegengewirkt werden kann.“

3. Ziffer 3 wird ergänzt um folgende Sätze:

„Hierbei ist es wesentlich, die Beiräte und in den WiN-Gebieten die Stadtteilversammlungen wirkungsvoller als bisher einzubeziehen. Außer der Erweiterung der Beiratskompetenzen und der Einführung von Stadtteilbudgets sind breitere Formen der Partizipation zu prüfen, z.B. die partizipative Entwicklung von Leitbildern und Entwicklungszielen für den Stadtteil sowie Formen der direkten Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung der Stadtteilhaushalte.“

4. Ziffer 4 wird ergänzt um folgende Sätze:

„Dabei ist auch zu prüfen, durch welche Maßnahmen und Instrumente gegebenenfalls erfolgreiche Zwischennutzungen in langfristige Aktivitäten im Stadtteil überführt werden können. Ebenso ist zu berücksichtigen, dass die Initiierung und Förderung künstlerischer, sozialer und wirtschaftlicher Innovation sich nicht auf das Instrument der Zwischennutzung beschränken kann. Zu prüfen ist die Verbesserung kultureller und infrastruktureller Voraussetzungen in allen Stadtteilen (Bürgerhäuser, Kulturzentren, Jugendzentren).“

5. Ziffer wird ergänzt um folgende Sätze:

„Insbesondere bei neu zu entwickelnden Stadtteilen wie der Überseestadt sind Maßnahmen zu treffen, die eine soziale gemischte Bevölkerungsstruktur befördern (infrastrukturelle Versorgung, Förderung von generationenübergreifendem Wohnen u.a.).“

Im Rahmen der Planung soll ferner, in Zusammenarbeit mit den Beiräten, auch dem Bedürfnis nach Zentralität in den Stadtteilen verstärkt Rechnung getragen werden. Die Entwicklung einer ‚Mitte‘ im Stadtteil kann z.B. durch Raum für Marktplätze oder öffentliche Einrichtungen gefördert werden.“

6. Bei Ziffer 1 wird „rückläufige Bevölkerungszahlen“ ersetzt durch „sich verändernde Bevölkerungszahlen und Bevölkerungszusammensetzung“.

Klaus-Rainer Rupp, Monique Troedel und Fraktion DIE LINKE

Quelle:

<http://www.linksfraktion-bremen.de/nc/buergerschaft/antraege/detail/artikel/antrag-der-fraktionen-der-spd-und-buendnis-90-die-gruenen-neuaustric>